

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wöchentliches Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,66 Pfg.;
bei jeder Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Zentral-Gewerkevereine
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Vorsitz: Duden).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 15 Pfg., Familienamt, 15 Pfg.,
Vereinsamt, 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4723.

Nr. 76.

Berlin, Mittwoch, 25. September 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die höchste Zeit. — Vom roten Parteitag. — Ein „Heldentag“ in Kassel. — Vom XVIII. internationalen Bergarbeiterkongress. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Die höchste Zeit

ist es jetzt, das Abonnement auf den „Gewerkeverein“

zu erneuern bezw. zu bestellen. Jede Postanstalt nimmt dasselbe zu dem billigen Preise von 65 Pfg. pro Quartal entgegen. 18 Pfg. kostet das Bestellgeld, wenn man das Verbandsorgan regelmäßig vom Briefträger ins Haus gebracht haben will.

Der Worte sind genug gewechselt!

Es ist die Pflicht jedes Verbandsgenossen, für Verbreitung unserer Presse und insbesondere des Verbandsorgans zu sorgen. Wer sich

ein besonderes Verdienst

um unsere gute Sache erworben hat, der muß versuchen möglichst viele freiwillige Abonnenten zu sammeln. Darum

Auf an die Arbeit!

Werb für den „Gewerkeverein“!

Vom roten Parteitag.

Wenn wir uns heute kurz mit dem sozialdemokratischen Parteitag beschäftigen, so geschieht das nicht etwa der Wichtigkeit dieser Tagung wegen. Wir glauben im Gegenteil dazun zu können, daß in Essen überhaupt nichts Besonderes geschah und es eitel Humbug ist, wenn die Sozialdemokratie sich immer als die alleinige Vertreterin der Arbeiterinteressen hinstellt. Gerade der Parteitag in Essen hat den besten Beweis erbracht, daß die Sozialdemokratie auf dem Gebiete der Phrasendrescherei auch jetzt noch unerreicht dasteht, von praktischer Arbeit aber ist bei ihr nichts zu spüren.

Selbst der „Vorwärts“ ist offenbar mit dem Parteitag nicht zufrieden. Auch aus seiner Schlussbetrachtung spricht deutlich die Verlegenheit und Ratlosigkeit, die auf dem Parteitag selbst zum Ausdruck kam. „Nicht alle Hoffnungen hat er erfüllt, der Parteitag im Ruhrrevier. Aber im ganzen genommen muß die Essener Woche hohe Befriedigung erwecken.“ Das ist das Urteil, welches das Zentralorgan abgibt. Es ist nicht auffallend ab von dem Phrasenschwall, der diesem Blatte sonst zur Verfügung steht, wenn es gilt, sozialdemokratische Veranstaltungen zu feiern, wie denn der Artikel, der mit diesen Worten eingeleitet wird, überhaupt die reinste Kapuzenmutterstimmung verrät.

Wer geglaubt hat, daß der Parteitag in Essen einen ungünstigen Beschluß über die Stellung der Partei zu den lokalistischen Gewerkevereinen fassen würde, der hat sich gründlich geirrt. Auch diesmal ist die Frage verlagert worden, um erst noch weitere Einigungsverhandlungen zu führen. Man hat offenbar nicht den

Rut, energisch gegen die Lokalisten vorzugehen. Bömelburg und Silber Schmidt haben große Reden gehalten, schließlich aber doch den Roten vor der Partei gemacht, und der zuletzt genannte Gewerkevereinsführer hat ausdrücklich erklärt, daß die Generalkommission der Gewerkevereine dem Antrag des Parteivorstandes auf Vertagung der Entscheidung nur freudig zustimmen könne.

Genau so ging es mit einer anderen Frage, die die Gewerkevereine nahe berührt, der Raiffeiter. Das selbe Lied, das auf allen Parteitagen gesungen wurde, konnte man auch diesmal wieder hören. Und der Effekt? Nachdem Freunde und Gegner der Arbeitstrube am 1. Mai in gewohnter Weise ihr Sprüchlein hergesagt hatten, wurde die Sache für erledigt erklärt, indem man sich einfach auf den Boden der früheren Parteitagsbeschlüsse stellte. Man darf gespannt darauf sein, wie nunmehr die nächste Raiffeiter verläuft. Die ganze Behandlung der Frage aber zeigt, daß man sich innerhalb der Sozialdemokratie selbst vollkommen unklar über die Sache ist, weshalb wohl erwartet werden darf, daß alle nichtsozialistischen Arbeiter fünfzigjährig der Raiffeiter gegenüber ihren ablehnenden Standpunkt noch entschiedener vertreten werden, als das bisher geschehen ist.

Auch eine große Militärdebatte fand wieder statt. Anlaß dazu gab eine Rede des Reichstagsabgeordneten Kothe bei der Beratung des Militäretats im Reichstag. Die Rede enthielt manches Vernünftige, weshalb denn Kothe auch heftig angegriffen wurde. Dieser wies nach, daß er im Grunde genommen nichts anderes gesagt habe, als was in Bebel's Reden schon öfter zum Ausdruck gekommen ist, und fand dabei die Unterstützung der Herren von Bollmar und Dr. David. Da eine Beurteilung des Kothe'schen Standpunktes somit gleichbedeutend gewesen wäre mit einer Ablehnung gewisser von Bebel aufgestellter Grundsätze, man sich aber entscheiden scheut, den Parteipapst zu verleugnen, wurden die gegen Kothe gerichteten Angriffe einfach abgelenkt, womit die Radikalen einen gehörigen Reinsfall erleben. Jedenfalls zeigte die Behandlung des Falles Kothe, wie sehr die Sozialdemokraten aus agitatorischen Gründen Rechnungsträger sind. Ausdrücklich erklärten mehrere Redner, sie hätten die Kothe'sche Rede in der Agitation gut gebrauchen können, um vor den Wählern so zu tun, als ob die Sozialdemokratie eine sehr patriotische Partei sei.

Dann die Debatte über die Kolonialpolitik! Alles was auf dem internationalen Kongress in Stuttgart angeführt worden war, wurde noch einmal wiedergelesen, ohne daß es allerdings gelungen wäre, die verworrenen Ansichten, die schon in Stuttgart zutage gefördert wurden, auch nur im geringsten zu klären. Auch Bebel konnte sich nicht entschließen, Farbe zu bekennen und ging einer klaren Auseinandersetzung damit aus dem Wege, daß er die ganze Geschichte einen „Streit um des Kaisers Bart“ nannte. Das konnte aber nicht hindern, daß man sich in Stuttgart und in Essen mehrere Tage lang mit der Frage beschäftigte und sich die größten Eröbheiten — um keinen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen — an den Kopf warf. Uebrigens zeigte sich in der starken Meinungsdivergenz in den Kolonialfragen eine unerwartete Wirkung des politischen Blods im Reichstage. Eine Einigkeit der bürgerlichen Parteien in einer wichtigen politischen Frage fördert angen-

scheinlich die Uneinigkeit im sozialdemokratischen Lager.

Zu lebhaften Auseinandersetzungen führte auch die Rede Bebel's über die politische Lage und die letzten Reichstagswahlen. Auch die schwungvollsten Ertraden helfen nicht darüber hinweg, daß die Sozialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen eine Schlappe erhalten hat, wie sie nicht erwartet wurde, am allermeistigen von den sozialdemokratischen Führern selbst. Wenn man sich auch noch so sehr bemüht, den Anschein zu erwecken, als hätte der Ausfall der Wahlen nicht den geringsten Eindruck gemacht, so klang doch deutlich aus den Reden die Bitterkeit und der Kummer heraus, den die wohlverdiente Niederlage allenthalben hervorgerufen hat. Freilich, wenn es nach den großen Worten geht, die trotzdem in Essen gefallen sind, dann wird die Scharte beim nächsten Male wieder ausgewetzt. Glücklicherweise geht es da nicht nach der Sozialdemokratie allein, sondern auch die anderen Parteien haben noch ein Wortchen mitzusprechen. Wenn sie es verstehen, durch eine vernünftige Sozialpolitik die große Masse der nichtsozialdemokratischen Arbeiter für sich zu gewinnen, dann werden auch die großen Reden, die in Essen gehalten sind, wirkungslos verhallen.

Um den Abstinenten in der Partei endlich gerecht zu werden, wurde diesmal auch die Alkoholfrage behandelt und durch Annahme einer Resolution erledigt, wodurch allerdings so gut wie nichts geschehen ist. Ebenfalls werden die zahlreichen Parteibücker mit dem Ergebnis der Debatte nicht zufrieden sein, obgleich sie ganz beruhigt sein können, daß ihr Geschäft auch nur den geringsten Schaden erleiden wird.

Zum Schluß noch einige Worte über das sogenannte Nachrichtenbureau. Man trägt sich innerhalb der sozialdemokratischen Partei seit längerer Zeit mit dem Gedanken, eine Zentralfstelle zu errichten, von der aus die einzelnen Parteiblätter mit Nachrichten aller Art versehen werden sollen. Der vom Parteivorstand eingebrachte Entwurf fand aber bei einer großen Zahl von Redakteuren keinen Anklang und führte zu lebhaften Auseinandersetzungen in der Presse. Man befürchtete, daß man die Meinungsfreiheit in der Partei beeinträchtigen und allen Parteiblättern eine bestimmt vorgeschriebene Kost zur Veranschaulichung an ihre Leser bieten wolle. Der Entwurf wurde der öffentlichen Diskussion entzogen, an eine Kommission verwiesen und nachher ohne Debatte angenommen. Das Verfahren ist zweifellos kurz und bündig. Es hätte sich aber noch wesentlich vereinfachen lassen. Wozu erst ein solches Nachrichtenbureau? Eine eigene Meinung war doch bisher in der Sozialdemokratie nicht üblich. Da braucht man nicht erst noch eine besondere Reinigungsfabrik zu errichten.

Beschlüsse von irgend welcher Bedeutung wurden in Essen nicht gefaßt, und man darf gespannt sein, wie die sozialdemokratische Presse im Lande draußen sich zu diesem überaus kläglichen Ergebnis stellen wird. Daß ein solcher Parteitag auch nicht den geringsten Wert für die Arbeiterklasse hat, daß er auch nicht das geringste dazu beitragen kann, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern, ist für jeden vernünftigen denkenden Menschen klar. Somit hat auch die Essener Tagung zum sozialistischen Male den

Beweis erbracht, daß die Sozialdemokratie zu positiver Arbeit unfähig ist und ihre Veranstaltungen, verbunden mit allem möglichen Theaterbetriebe, lediglich den Zweck haben, die große, urteillose Masse über ihre Inaktivität hinwegzuführen.
L. L.

Ein „Zielbewußter“ Reinsfall.

Mitte Juli ds. J. wurde der Vertrauensmann der Zahlstelle des „Zielbewußten“ Transportarbeiterverbandes in Kiel aus seinem Arbeitsverhältnis entlassen. In einer Versammlung der Verwaltungsstelle genannten Verbandes wurde daraufhin am 30. Juli beschlossen, an die Unternehmer (Holzhandlungen) eine Reihe von Forderungen zu stellen, deren Bewilligung innerhalb 48 Stunden, nämlich bis zum 1. August, abends 6 Uhr, erfolgen sollte. Abgesehen von den Forderungen über die Arbeitsbedingungen, über die die Unternehmer mit sich reden lassen müssen, waren auch solche Forderungen gestellt, die seinem Unternehmer zu bewilligen zugemutet werden kann und daher für ernste Verhandlungen gar nicht in Betracht kommen können. Die „Zielbewußten“ verlangten nämlich u. a. strikte Anerkennung des 1. Mai als Feiertag und die Arbeitsvermittlung durch den Arbeitsnachweis ihres Verbandes. Bei Arbeitsvermittlung sollte, wenn eine Einigung mit den beteiligten Arbeitnehmern nicht zustande käme, die „Zielbewußte“ Ortsverwaltung das Schiedsrichtertum übernehmen!

Auf Forderungen solcher Art kann und darf kein verständiger Unternehmer eingehen. Der 1. Mai ist eine sozialdemokratische Parteiangelegenheit, die mit der praktischen Arbeiterbewegung gar nichts zu tun hat. Die einseitige Anerkennung eines „Zielbewußten“ Verbandes unter Ausschaltung jeder anderen Organisation, muß ebenfalls zurückgewiesen werden, weil sonst den Arbeitern die Freiheit genommen würde, sich die Organisation selbst zu wählen, die sie sich anschließen wollen. Und wollten die Unternehmer sich darauf einlassen, daß sie nur die Arbeiter einstellen dürfen, die ihnen nachgewiesen werden von der „Zielbewußten“ Organisation, dann hätten sie wohl niemals einen Arbeiter bekommen, dem nicht vorher die bindende Verpflichtung auferlegt worden wäre, der sozialdemokratischen Organisation beizutreten. Wir halten es geradezu für die Pflicht aller ansässigen Unternehmer, die Arbeiter zu schützen vor der griffigen Bergemattigkeit durch die sozialdemokratischen Organisationen!

Als die Unternehmer die ihnen überreichten Forderungen an ihren Arbeitgeberverband verwiesen und durch ihn die Verhandlungen führen lassen wollten, was natürlich in knapp 48 Stunden nicht durchgeführt werden konnte, da legen bereits am 2. August 233 Holzarbeiter und circa 25 Kautschuker, zum Teil unter Kontraktbruch, die Arbeit nieder. Darüber schalteten alle diejenigen Arbeiter den Kopf, denen nicht jedes Rechtsgesühl abhandeln gekommen ist. Und siehe, obgleich nur „Zielbewußte“ Genossen im Kieler Gewerbegericht sitzen, verurteilte dieses doch die mit Kontraktbruch in den Streik getretenen Arbeiter zum Schadenersatz von insgesamt 7000 Mk.

Wir Gewerbetreibenden sind mit einer Anzahl Kollegen beteiligt, was den „Zielbewußten“ nicht unbekannt war. Jemand eine Nachricht über die Absichten der sozialdemokratischen Organisation ging uns indes nicht zu. Man stellte uns einfach vor die fertige Tatsache. Wir hätten daher keinerlei Verpflichtung gehabt, uns an dem Kampf zu beteiligen, zumal uns nicht zugemutet werden kann, die Unternehmer zu zwingen, Forderungen anzuerkennen, wie z. B. den einseitigen Arbeitsnachweis, durch die uns deraraus gemacht werden sollte. Nur die dümmsten Räuber wählen ihre Wegger selber!

Trotzdem jogen wir unsere Mitglieder ebenfalls aus den Betrieben heraus, lehten uns aber gleichzeitig dem beteiligten Kieler Firmen in Verbindung behufs Abschluß eines Vertrages. Dagegen soll nicht unerwähnt bleiben, daß gleich bei Beginn des Kampfes die Mitglieder des „Zielbewußten“ Fabrikarbeiterverbandes die Arbeit der Holzarbeiter an Hosen übernahmen! Es bedurfte erst einer Versammlung, um die „Zielbewußten“ Streikbrecher auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen. Den nimmer mit uns zum Abschluß gebrachten Vertrag lassen wir hier folgen:

Vertrag.

Zwischen dem Verein der Bau- und Kuppelholzhändler von Kiel und Umgebung und dem Ortsverband der Deutschen Gewerbetreibenden (D. D.) von Kiel und Umgebung wird folgender Vertrag geschlossen.

I. Allgemeine Bestimmungen.

a) Arbeitszeit.

1. Für Holzarbeiter auf Holzlagererplätzen beträgt die tägliche normale Arbeitszeit für den Sommer 10 Stunden, und zwar von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, bei einer 1/2 stündigen Frühstückspause und einer 1/2 stündigen Mittagspause.

Zur die übrige Jahreszeit wird folgendes festgesetzt:

Arbeitszeit von morgens	bis abends	Jahreszeit von bis		Wahltagspause	Erholungs-pause	Mittagspause	Arbeitszeit pro Tag
		von	bis				
7 1/2	5	1. Jan.	5. Febr.	1	1/2	8 1/2	8 1/2
6 1/2	5	6. Febr.	2. März	1 1/2	1/2	8 1/2	9 1/2
6	5	3. März	22. Okt.	1 1/2	1/2	10	10
6 1/2	5 1/2	23. Okt.	9. Nov.	1 1/2	1/2	9	9
7	5	10. Nov.	23. Dez.	1 1/2	1/2	8 1/2	8 1/2
7 1/2	5	24. Dez.	31. Dez.	1 1/2	1/2	8 1/2	8 1/2

Ueber die vorstehend vorgegebene Arbeitszeit hinaus kann beim Löschen von Schiffen die Arbeitszeit bis 7 Uhr abends verlängert werden. Die Arbeitszeit über 10 Stunden täglich wird als Überstundenarbeit, derjenige von über 12 Stunden täglich als Nachtarbeit angesehen und vergütet.

Sonntagsarbeit ist wie Nachtarbeit zu bezahlen, jedoch möglichst zu vermeiden.

2. Für Holz- und Maschinenarbeiter auf Holzlagererplätzen mit Maschinenbetrieb gilt die unter 1. festgesetzte Arbeitszeit mit dem Zusatz, daß je nach Lage des Geschäftes die Arbeitszeit verlängert oder verkürzt werden kann.

3. Die Kautschuker haben in allen Holzhandlungen ihre Arbeit nach bisher üblichem Geschäftsgesetz zu erledigen.

Die in der Tabelle zu 1. festgesetzte Arbeitszeit gilt zunächst nur probeweise und zwar bis zum 22. Oktober 1908. Abdann kann die Schlichtungskommission eine Verchiebung der kürzeren Arbeitszeiten unter Aufrechterhaltung der sechsstündigen Arbeitszeit für den Sommer einführen.

b) Lohnsätze.

1. Holzarbeiter erhalten einen Stundenlohn von 48 Pf. vom 1. Januar 1908 an tritt eine Erhöhung von 2 Pf. und vom 1. Januar 1909 an eine weitere Erhöhung um 1 Pf. ein.

Neueingestellte Arbeiter erhalten während der ersten vierzehn Tage ihrer Beschäftigung 2 Pf. weniger. — Bei Überstunden wird ein Zuschlag von 10 Pf., bei Nachtarbeit ein solcher von 20 Pf. gezahlt pro Stunde.

2. Maschinenarbeiter erhalten den bisherigen Lohn weitergezahlt. Am 1. Januar 1908 tritt eine Erhöhung um 2 Pf. und am 1. Januar 1909 um 1 Pf. pro Stunde ein.

3. Kautschuker erhalten einen Wochenlohn von 24 Mk. Am 1. Januar 1908 tritt eine Erhöhung um 1 Mk. und am 1. Januar 1909 abermals um 1 Mk. ein. Denjenigen Maschinen- und Holzarbeitern sowie Kautschukern, welche bisher schon einen höheren Lohn als vorstehend festgesetzt erhalten, wird der bisherige Lohn weitergezahlt.

II. Besondere Bestimmungen.

Die Auflösung des Arbeitsverhältnisses kann nur nach Schluß der Tagesarbeit erfolgen, dementsprechend wird die Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist ausgeschlossen. Zwecks Lohnberechnung erfolgt am Donnerstag abends Höhenlohn und am Freitag abends nach Arbeitslohn Lohnzahlung in Geldbitten. An den Tagen vor Oftern, Pfingsten und Weihnachten erfolgt um 4 Uhr Arbeitslohn.

Auf jedem Arbeitsplatz wird nach Möglichkeit ein beizubehaltener Raum zum Aufenthalt in den Pausen und zum Trocknen nahgewordener Kleider der Arbeiter, sowie ein vorrichtungsmäßiger Abort eingerichtet. Die Firma übernimmt ferner die Fürsorge für gutes Trink- und Waschwasser und liefert einen Verbandskasten zwecks Anlegung eines Notverbandes bei Unfällen.

III. Schlichtungsbestimmungen.

Zur Schlichtung etwaiger Streitigkeiten wird eine aus drei Arbeitgebern und drei aus der Mitte der Holzhandlungen in Arbeit stehenden Arbeitnehmern bestehende Schlichtungskommission gebildet. Kommt die Kommission zu keiner Einigung oder keinem Majoritätsbeschluss, so ist der jeweilige Vorsitzende des Kieler Gewerbegerichts als Obmann anzurufen.

Aus der Tarifbewegung, die durch den Abschluss dieses Vertrages beendet ist, dürfen keinerlei fernerer Maßnahmen hergeleitet werden.

Dieser Tarif gilt für die Zeit seiner Unterzeichnung bis zum 31. Dezember 1909. Der Vertrag besteht festschweigend ein Jahr weiter, falls nicht vier Wochen vor seinem Ablauf von einer der beiden vertragschließenden Parteien eine schriftliche Kündigung erfolgt.
Kiel, den 18. September 1907.
(Stempel)

Verein für Bau- und Kuppelholzhändler von Kiel u. Umgegend.
H. Michaelsen, Kar Eißelgrott,
Ortsverband Kiel.

G. Berger, Vorsitzender. J. Haefle, Sekretär.
E. Schade, Beisitzer.

Der Arbeitgeber-Verband hatte eine allgemeine Aussperzung angedroht, was wir schon mit Rücksicht auf die große Zahl der davon ganz unschuldig auf das Strafgeschloß geworfenen Arbeiter und im Interesse desjenigen Teils der Bevölkerung, der ebenfalls in seiner Freiheit auf die Arbeiter angewiesen ist, nicht zugeben konnten. Und es gelang uns durch den Abschluss unseres Vertrages diese Maßnahmen abzuwehren.

Jetzt laufen sich die Zielbewußten die Hoden ab und wissen nicht, wie sie es anfangen sollen, die Sache wieder einzukenten. Ihre Hauptforderungen liegen sie sollen. Gar zu gern möchten sie der Schlinge, in der sich die „Zielbewußten“ Streikleiter selbst gefangen haben, wieder heraus. Den Janatiktoren kann diese wohlverdiente Nüchternheit nicht schaden, um die von ihnen so angeführten Arbeiter aber tut es uns

herzlich leid. Ja, es ist geradezu ein Verbrechen an der Arbeiterkraft, Streiks zu machen im Interesse parteipolitischer Forderungen. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben es ihrerseits immer als eine ernste Pflicht angesehen, jeden Versuch energig zurückzuweisen, die gesamte Arbeiterschaft auf ein bestimmtes Parteiodium einzuführen. In Kiel gibt es erfreulicherweise zahlreiche Arbeiter, die nicht daran denken, für den 1. Mai oder für das Dogma des Klassenkampfes in einen Streik einzutreten. Und diesen Arbeitern ist es darum nicht weniger ernst um die Verbesserung ihrer Lage!

Der Reinsfall der „Zielbewußten“ wird ihren Mitläufern hoffentlich die Augen öffnen. Die verdinglichten Arbeiter werden zu uns in die Gewerbetreibenden kommen; denn immer stärker muß das Herz derjenigen werden, die sich den „Zielbewußten“ Annäherungen gegenüber zur Wehr setzen. Für eine Arbeiterkraft, die vorwärts kommen will, kann es nur eine Parole geben:

Nieder mit der parteipolitischen Janatiktoren, die das Arbeiterinteresse dem Parteinteresse unterordnen! Die Arbeiterschaft darf es fernerhin nicht dulden, daß sie um parteipolitischer Forderungen willen in ansichtslose Streiks verwickelt wird.
J. H.

Vom XVIII. internationalen Bergarbeiterkongress.

Im großen Saale des Kurhauses der schönen Gebirgskurort Bad Nauheim hat in der vergangenen Woche der XVIII. internationale Bergarbeiterkongress stattgefunden. Die Tagung ergab in diesem Jahre schon deshalb für uns Deutsche ein besonderes Interesse, weil zum ersten Male Delegierte aller Organisationsrichtungen daran teilnahmen.

Der am Montag, 16. September, morgens 10 1/2 Uhr durch das englische Parlamentsmitglied Edwards mit einer herzlichen Begrüßungsansprache eröffnete Kongress hat im großen ganzen einen würdigen Verlauf genommen. Die Reden waren meist kurz und sachlich gehalten, das kann man ohne weiteres anerkennen. Es soll auch hier nicht über die einzelnen Verhandlungspunkte eingehend geschrieben werden, da die Gewerbetreibenden hierfür durch die Tagespresse auf dem Laufenden gehalten worden sind. Interessieren dürfte aber zunächst ein Bild über die Zahl der auf dem Kongress vertretenen organisierten Bergarbeiter der verschiedenen Länder im Verhältnis zu der Gesamtzahl der Bergarbeiter überhaupt. Es waren vertreten:

Länder	Delegierte	organisierte Bergarbeiter	vorhandene Bergarbeiter überhaupt
England und Amerika	60	916 048	1 263 300
Deutschland	17	219 817	689 248
Oesterreich	19	35 000	135 000
Belgien	10	65 000	189 000
Frankreich	6	30 000	182 000
	112	1 268 865	2 458 548

Diese Tabelle zeigt, daß die Engländer und Nordamerikaner, alle anderen Ländern zusammengenommen, weit überlegen sind.

Bedeutend und auch vielleicht von nachfolgender Wirkung für das Verhalten der deutschen sozialdemokratischen Bergarbeiter-Organisationen für die Zukunft war ein Zwischenfall, welcher sich am zweiten Verhandlungstage abspielte.

Nach der Feststellung der Präsenzliste in der Nachmittagsitzung erklärte der Tagespräsident Janolin (Oesterreich), daß auf Anregung der österreichischen Delegation der internationale Geschäftsausgleich eine Resolution vorlege, welche bezwecke, die „Sonderorganisationen“ (gemeint sind christliche, polnische und österr.-ungarische Organisationen Deutschlands) von den internationalen Kongressen auszuschließen. Der Antrag wurde von den Oesterreichern damit motiviert, daß endlich Klarheit geschaffen und mit dem „Sonder- und Konkurrenzorganisationen“ aufgeräumt werden müsse. Es ist erklärlich, daß die Resolution zu einer angeregten Debatte führte. Der belgische Delegierte Vebianete vertieg sich dabei sogar zu der Erklärung, daß jene, welche nicht Sozialdemokraten sind und sich zum Christentum bekennen, zu den Arbeitereindern gehören. Offert (christlicher Gewerbetreibender) betonte, daß die organisierten Bergarbeiter Deutschlands in allen bergmännischen Fragen einzig sind. Würde die Resolution angenommen, so diene dies nicht zur Förderung der Einigkeit der deutschen Bergarbeiter. Man schloß damit 180 000 organisierte Bergarbeiter Deutschlands von den Kongressen aus. Die christliche Delegation bitte jedoch nicht um Zulassung, sondern würde bei Annahme der Resolution den Kongress verlassen. Der Pole Kosinski begründete die Notwendigkeit der Polenorganisation, welche in erster Linie durch die preussische Ausrottungspolitik entstanden sei, und erlangte um Ablehnung der Resolution. Unser Kollege Hammacher schloß sich im wesentlichen den Ausschüßungen Offerts an. Durch die Annahme der Reso-

lation bringe man die verschiedenen Organisationsrichtungen einander nicht näher. Eine solche Annäherung könne nur im eigenen Lande erfolgreich durchgeführt werden. Er wundere sich sehr, daß man die verschiedenen Organisationen unter solchen Umständen überhaupt eingeladen habe. Der Hauptvorstand seiner Organisation habe aber schon vorher gewünscht, daß die gegenwärtige Frage auf diesem Kongreß zum Austrag gebracht werden solle und habe auch dazu Stellung genommen. Er habe den Antrag, falls ein solcher Antrag zur Annahme gelangt, sofort den Kongreß zu verlassen.

Die Resolution wurde dann auch nicht zur Abstimmung gebracht, sondern an den internationalen Geschäftsausschuß zurückverwiesen, welcher im Laufe des nächsten Jahres einen Ausweg finden soll, „die lästigen Sonderorganisationen“ zu verbannen. Handelt der Ausschuss im Sinne der radikalen Elemente, so wäre das im Hinblick auf die deutsche Bergarbeiterfrage nur zu bedauern. Denn das Zusammengehen der verschiedenen Organisationen würde dadurch sehr erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht werden. B. H.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 24. September 1907.

Weder das geplante Reichsvereinsgesetz sind in den letzten Wochen vielfache Nachrichten durch die Presse gegangen. Verschiedene Zeitungen taten so, als ob sie über seinen Inhalt auf das eingehendste unterrichtet wären und lieferten ausführliche Betrachtungen an die ihnen zugegangenen Mitteilungen. Da all diesen Rundschreibungen die positive Grundlage fehlt, haben wir davon so gut wie gar keine Notiz genommen. Wir haben recht damit gehabt. Jetzt bringt nämlich die „Nordd. Allg. Ztg.“ an der Spitze einer ihrer letzten Nummern folgende Sätze:

Der Entwurf zu einem Reichsvereinsgesetz liegt gegenwärtig dem preussischen Staatsministerium vor. Die Angaben verschiedener Blätter über seinen Inhalt beruhen lediglich auf Vermutungen, die zum Teil zutreffen, zum Teil nicht zutreffen, und sind jedenfalls im Hinblick auf das gegenwärtige Stadium der Verhandlungen verfräht.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ ist Regierungsorgan, obige Notiz hat also einen offiziellen Charakter. Die bisher öffentlich verbreiteten Vermutungen sollen damit zum größten Teil zusammen. Nebenbei will es uns erscheinen, daß das Reichsvereinsgesetz gerade dem preussischen Staatsministerium vorliegt. Sollte etwa der im preussischen Vereinsgesetz herrschende Geist auch das in Aussicht gestellte Reichsvereinsgesetz durchziehen. Dann müßten wir sagen: Wir danken bestenfalls für eine solche einheitliche Regelung des Vereins- und Berammlungsrechts.

Die Grundgesetzlichkeit der Wahlen hat sich wieder einmal im hellsten Lichte gezeigt. In Viena hat unser Ortsverband beim Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung um die Einführung der Verhältniswahl zum Gewerbegericht petitioniert. Als nun vor kurzem der Antrag in einer Sitzung des Gewerbegerichts zur Begutachtung vorgelegt wurde, ließen die Arbeitnehmer-Besitzer, die sämtlich den „freien Gewerkschaften“ angehören, die Erklärung abgeben, daß sie aus tatsächlichen Gründen dagegen seien. Der Verhältniswahl könnten sie nur zustimmen, wenn es sich um eine obligatorische Einführung handelte und wenn das Prinzip der Verhältniswahl auch auf die Wahlen in Staat und Gemeinde übertragen würde. Auch dem Gewerbegerichtsvorsitzenden Dr. Wagner gelang es trotz eifriger Bemühungen nicht, die Herren Wenigsen eines Besseren zu belehren, während andererseits die Arbeitgeber-Besitzer auf Grund der bei dem Kaufmannsgericht gemachten Erfahrungen gegen die Einführung der Verhältniswahl nichts einzuwenden hatten.

Wie die Gemeindebehörden sich schließlich zu der Frage stellen werden, ist zurzeit noch nicht bekannt. Bezeichnend aber ist, daß auch hier wieder die Wahlen gegen das Proportionalwahlrecht stimmen, obgleich es in ihrem Programm als eine der Hauptforderungen enthalten ist. Also nicht Grundzüge sind ausschlaggebend für jene Herren, sondern lediglich Partei-rück-sichten. Wo sie in der Widerberheit sind, verlangen sie das Verhältniswahlrecht, haben sie aber die Mehrheit, dann pfeifen sie darauf.

Zimmer selbst vor der eigenen Tür kehren! Durch die der Arbeiterbewegung feindsich gestimmte Presse macht gegenwärtig eine Notiz die Runde, daß die Kaiserin des Reichsvereins der Frauen in Bitterfeld eine größere Summe unterstufen hat und mit einem Liebhabe flüchtig geworden ist. Sie wurde später in Halle, wo sie der Liebhaber im Entsch gelassen hat, von der Polizei aufgegriffen. Die Tatsache an und für sich ist sehr betäubend und soll auch nicht entuschigt werden. Die sozialdemokratischen und Gewerkschaftsblätter weisen nun mit geradezu belangvoller Entscheidung den „Vorwurf“ zurück, daß es eine ihrer „Gemissungen“ ist, die sich jenen Feindtätigkeit hat zuzulassen kommen lassen. Das ist

unseres Erachtens völlig überflüssig. Für das Vergehen eines einzelnen die Gesamtheit verantwortlich zu machen, zu der der einzelne gerade gehört, ist verwerflich. In jede Organisation, sei sie wirtschaftlicher oder politischer Art, können sich moralisch minderwertige Elemente einschleichen und ein Vertrauensamt mißbrauchen, das ihnen zufällig übertragen wurde. Ein ankündiger Gegner wird davon niemals Gebrauch machen. Selbst in kirchlichen und religiösen Gemeinschaften spielen bisweilen Leute eine Rolle, die sich näher als die größten Lumpen entpuppen. Man denke nur an den Fall des frommen Herrn Sander! Deshalb sollte sich namentlich auch die konservative-agrarische „Deutsche Tageszeitung“ lieber ihre Glößen sparen. Ihr ist doch jed'falls auch die Affäre des Freiherrn v. Hammerstein bekannt, der zugleich Uebevalleur der frommen „Kreuz-Zeitung“ und Führer der konservativen Partei war. Diese Stille von Thron und Altar hatte bekanntlich, obgleich er verheiratet war, ein „Verhältnis“ mit einer Dame jüdischer Abstammung, die auf der Tribüne des Parlaments seine antimilitarischen Brandreden mit anführte. Und die Summen, um die jener Frhr. v. Hammerstein seine Mitmenschen betrogen hat, gingen in die Hunderttausende! Der „Deutschen Tageszeitung“ ergeht es oben wie vielen anderen: Sie sieht den Splitter im Auge des Nächsten, aber nicht den Balken im eigenen.

Arbeiterbewegung. Der Kampf im Krefelder Baugewerbe dauert fort. Die von der sozialen Kommission angetragenen Einigungsverhandlungen sind ohne Erfolg abgebrochen worden, da die Unternehmer von einer Verkürzung der Arbeitszeit durch-aus nichts wissen wollen. Ebenso geht die Ausstandsbewegung im Nieder-Rheinischer Kohlen-revier weiter; indessen hat sich die Zahl der Streikenden in den letzten Tagen nicht unwesentlich verringert. — In der Weberlei von Kruse in Reutenkirchen b. Münster hat die überaus große Mehrzahl der Arbeiter, die der christlichen Organisation angehören, wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt. — In Oberstein im Bezirk Trier binden sich die Metallarbeiter im Streik, bezw. in der Aussperrung. Die Regierung, die um ihre Vermittlung ersucht worden ist, hat dieselbe zu übernehmen abgelehnt. — In den Eiswerkstätten zu Eisenberg (S.-A.) haben die Arbeiter Forderungen gestellt, die von den Unternehmern rundweg abgelehnt wurden. Infolgedessen haben die Arbeiter jetzt beschlossen, die Kündigung einzureufen. — Der Streik der Bauarbeiter in Eruert, der Anfang Mai schon begonnen hat, ist jetzt endgültig als erledigt anzusehen. Die Arbeiter haben bedingungslos die Beschäftigung wieder aufgenommen. — In Stuttgart sind die Rüstergesellen wegen Lohnminderungen in den Ausstand getreten.

Noch immer tot im Hafen von Antwerpen der Kampf weiter. Die Streikenden hatten sich bereit erklärt die Arbeit anzunehmen, mit der Einschränkung, daß dieser Beschluß für die ursprünglich freiziehenden Holz- und Getreidearbeiter keine Geltung haben sollte. Auch daraus ist der Unternehmerverband nicht eingegangen, sondern hat erklären lassen, daß, wenn bei der Wiederaufnahme der Arbeit nicht auch die Arbeit für die Holz- und Getreidearbeiter geleistet würde, eine neue Aussperrung stattfinden werde. — In den großen Spinnereien in Lodz (Polen) ist von neuem eine Ausstandsbewegung ausgebrochen. — Ein gewaltiger Kampf tobt in St. Louis. Infolge des Ausstandes der Arbeiter einer Schuhfabrik haben in 18 weiteren Fabriken sich die Arbeiter solidarisch erklärt, so daß an der Bewegung nahezu 30000 Arbeiter beteiligt sind. — In Wien haben die Eisengießer in etwa 50 großen Eisengießereien die Arbeit niedergelegt, weil ihnen eine 20 prozentige Lohnerhöhung sowie die Anerkennung des Vertrauensmännchens verweigert wurden. Es handelt sich etwa um 3000 Arbeiter.

Was den „Gelben“ ist man auch ein reich-treuer oder vaterländischer Arbeiterverein in Dresden eingezogen, um die dortige Arbeiterkraft mit seinen Segnungen zu beglücken. In diesen Tagen hat in Dresden zu diesem Zwecke eine Versammlung stattgefunden, in welcher ein Referat ausführte, daß der Bund der vaterländischen Arbeitervereine die gesellschaftliche, sittliche und wirtschaftliche Lage des Arbeiterstandes haben wolle unter möglichster Vermeidung des Klassenkampfes.

Selbstverständlich wolle der Bund das Koalitions-recht nicht anerkennen, aber seine Mitglieder wollen auch nicht mit „Hurra“ in jeden Streit eintreten. Nur, wenn die Arbeiterfrage keine andere Möglichkeit sehe, ihre Lage zu verbessern, dann würde sie den Streik als letztes Mittel hierzu betrachten. Behauerlich sei es, daß die Christl.-Demokratischen Gewerkschaften und die Evangelischen Arbeitervereine den Bund noch mit Mißtrauen betrachten. Er hoffe jedoch, daß dieses noch schwinden werde und daß die drei Gruppen zusammenstehen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Nach einer kurzen Ansprache wurde die Versammlung geschlossen.

Diese Hoffnung müssen wir für unser Teil jenen Herren zuzuschreiben machen. Wir lehnen es mit aller Entschiedenheit ab, mit jenen Leuten Schulter an Schulter zu kämpfen, die trotz aller Ableugnung die Interessen der Arbeiterschaft auf das schwerste schädigen und mit den „Gelben“ auf dieselbe Stufe gestellt werden müssen. Der Arbeiter, der mitwirken will an der Hebung der gesellschaftlichen, sittlichen und wirtschaftlichen Lage des Arbeiterlandes, der hat Gelegenheit genug dazu im Verbands der Deutschen Gewerkschaften, dazu bedarf es solcher Sonderbestrebungen nicht. Schon die Unterstützung durch die Unternehmer, die einen Gesamtbetrag von nahezu 4 Millionen Mark für den Bund der vaterländischen Arbeitervereine auszuspendieren haben, zeigt deutlich, was Weiches hinter diese Gründungen sind. Wir weisen jedes Bündnis mit ihnen entschieden zurück und hoffen, daß der gesunde Sinn der Arbeiter sich bald von ihnen abwenden wird.

Die Einführung von Kulis ist in den letzten Monaten mehrfach in Erwägung gezogen worden. Die Landwirtschaft leidet zweifellos schwer unter der Leutenot, die in letzter Zeit dadurch noch drückender geworden ist, daß ein großer Teil der ihr bisher zur Verfügung stehenden ausländischen Arbeiter von der augenblicklich auch nicht gerade an einem Ueberfluß an Arbeitskräften leidenden Industrie entzogen wird, weil hier bessere Löhne gezahlt werden. Dadurch ist in Landwirtschaften erstlich der Gedanke der Einführung von Kulis erweckt worden und auch Grubenbesitzer sollen ihm keineswegs abgeneigt sein. Ja, vor einigen Wochen hat sich sogar, auch der Norddeutsche Lloyd habe sich entschlossen, auf einigen seiner Linien Kulis als Kohlenzieher usw. zu verwenden. Während aber die agrarische Presse die Veranziehung chinesischer Arbeiter als ein auf die Dauer unvermeidliches Uebel ansieht, verteidigt die „Ahrnisch-West Ztg.“ die Vertreterin der Interessen der Bergwerksbesitzer, die Masseneinführung von Kulis mit geradezu brutaler Offenberzigkeit:

Wenn sich herausstellte, daß die Kulis besser zu haben kommen würden als heimische Arbeiter, so könnten sich doch später die Verhältnisse ändern. Läßt sich jedenfalls, daß das europäische Kapital bei dem herrschenden Arbeitermangel mit den ungeheuren Arbeitererfordernissen nicht auskommen hat. Die Folgen sind unübersehbar. Die Frage des Kuli-Importes nach europäischen Ländern wird nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden.

Die Bedenken, daß durch eine starke Einfuhr farbiger Arbeitskräfte eine Gefahr für die europäische Kultur heraufbeschworen wird, weiß das Blatt leicht zu widerlegen: „Solange der chinesische Kuli beharrlich bleibt, kann er der Kulturator, die ihn verwendet, nur nähern. Er kann der Kultur des Landes, in das er eingeführt wird, ebensowenig schaden, wie arbeitsparende Maschinen. Gekährlich für die ihn beherbergenden Häuser wird der Kuli erst, wenn er Kultur annimmt, wenn er sich assimiliert.“

Also kulturfördernd ist der Kuli solange, wie er billiger arbeitet, keine Bedürfnisse kennt und den Lohn der einheimischen Arbeiter herabdrückt. Der Profit ist demnach das höchste Gesetz. Das wird das Unternehmerblatt aber nicht hindern, bei der ersten besten Gelegenheit vom Schutz der nationalen Arbeit zu reden.

Herrn Jockel erreicht hat die „Schles. Ztg.“ mit ihrem Berliner Brief an die Breslauer „Frau aus dem Volke“. Es hat sich ein „schon länger“ Leser gefunden, der auf den Ader angefallen hat und in einer Zuschrift behauptet, daß die Rentenlust unter den Arbeitern durch die gesetzlichen Bestimmungen und ihre Handhabung durch die Behörden gefördert worden müßte. An die Urteilen des Briefes von der „lieben Schwägerin“ scheint allerdings die sachkundige Seite auch nicht zu glauben, denn sie nennt den Brief „täuschliche Mißstände sehr ernster Art in scherzhafter Einleitung“. Auf den Inhalt der Zuschrift einzugehen, verlohnt sich nicht der Mühe. Nur einen Punkt wollen wir herausheben. Der Schreiber meint nämlich, daß doch seit mehreren Jahren das Reichsversicherungsamt die Rentensatzung bei den verschiedenen Versicherungsanstalten durch Kommissionen habe nachprüfen lassen, um die Gründe für das Anwachsen der Zahl der Invalidenrenten zu finden. Dabei sei als einzige Ursache ermittelt worden, daß die Ärzte und die Versicherungsanstalten den Begriff der Erwerbsunfähigkeit zu milde anlegten. Infolgedessen würde jetzt „naturngemäß“ bei Findung der gesetzlichen Grenze für die Erwerbsunfähigkeit mit rücksichtsloser Strenge verfahren; das hat bei den Arbeitern begreiflicherweise Zustimmung hervorgerufen.

Die „Schles. Ztg.“ merkt gar nicht, daß sie mit dieser Zuschrift sich selbst ohreißt. Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Invalidengesetzes ist kurz gefaßt derjenige, der nicht mehr imstande ist, ein Drittel seines früheren Durchschnittsverdienstes zu erzielen. Wenn dann noch „bei der Findung der gesetzlichen Grenze mit rücksichtsloser Strenge verfahren wird“, da braucht man sich darüber nicht zu wundern, daß die Erlangung der Invalidenrente so überaus schwer ist.

Der ganze blühende Unfinn des Berliner Briefes tritt erst durch die neue Zuschrift recht deutlich zutage. Wie richtig wir doch die „Schließ. Zig.“ beurteilt haben!

Wohlfahrts-Einrichtungen. Im Festschale in Pothagen herrscht gegenwärtig eine gefährliche Typhusepidemie, die leider noch in beständiger Zunahme begriffen ist. Dieselbe wird in allererster Linie auf die überaus ungünstigen Wohnungsverhältnisse zurückgeführt. Von einer regeren Privatthätigkeit ist so gut wie keine Rede, da die stets wachsende Industrie den Grund und Boden fast völlig mit Beschlag belegt hat. Wohnen müssen die Menschen jedoch, und so bauen fast alle Werke, voran die Firma de Wenzel, eigene Häuser, sogenannte Kolonien, für ihre Arbeiter. Dabei sind sie wie die „König. Volkshyg.“ berichtet, sowohl in Bauart, als in Ausgestaltung der Baupläge nicht wählerisch. So hat die Firma de Wenzel in Poyingen dicht am Stahlwerke eine Reihe Häuser stehen. Gegenüber dem sieben Hochöfen umflossenen Hochöfenwerke auf einem Abhang sind vor einigen Jahren Hunderte von Arbeiterwohnungen errichtet worden. Zwischen dem Hochöfenwerk und der „Arbeiterkolonie“ führt nur eine Straße durch. Bei ungünstigem Wind zieht der Rauch der Hochöfen direkt auf die Fenster der Wohnungen zu. Die Firma Röhling hat in Wäringen ein Familienhaus errichtet, das 48 Wohnungen zählt. Ställe, Aborte, Misthaufen, Wasserleitung, vielfach noch Pumpen, befinden sich dicht an den Wohnungen. In sogenannten Kantinen trifft man Rossigänger, meistens Italiener, zu Hunderten an.

Da braucht man sich wirklich nicht zu wundern, wenn Krankheiten aller Art ihren Eingang halten. Man wird es aber auch verstehen, wenn die Arbeiter von solchen „Wohlfahrts-Einrichtungen“ nichts wissen wollen.

Gewervereins-Zeil

Berlin. In der Sitzung des O.-B. der Maschinenbauer XIII vom 7. September stand auf der Tagesordnung ein Vortrag des Kollegen Karohn über das Thema: „Die Dichtkunst im Leben der Arbeiter.“ Der Vortragende beleuchtete in eingehender Weise die Entstehung der Dichtkunst und den Einfluß derselben auf die verschiedenen Völker. Der reiche Beifall, welcher den Ausführungen des Vortragenden folgte, bewies das rege Interesse der Anwesenden. In der Diskussion wurde besonders kritisiert, daß in den Lehr- und Vortragsbüchern der Schulen eine große Verballhornung unserer beliebtesten Dichtungen vorgenommen wird und so der Geist derselben unsern Kindern verflüchtigt wird. Zum Schluß fand folgende Resolution einstimmige Annahme: Die Versammlung des Ortsvereins Berlin XIII verfolge den Vortrag des Kollegen Karohn über das Thema: „Die Dichtkunst im Arbeiterleben“ mit großem Interesse und protestiert energisch dagegen, daß in den Schulen unsere schönsten Volkslieder so entstellt werden, daß der wahre Inhalt und Geist dieser Dichtungen den Schülern vorenthalten wird. Die Versammlung spricht die Hoffnung aus, daß in den Ortsvereinen bei passender Gelegenheit Stellung gegen diese Verwässerung unserer schönsten Werte genommen wird. Jeder Einzelne muß es als seine Pflicht ansehen, dagegen Front zu machen und die Angehörigen der ihm naheliegenden Partei auffordern, bei Beratung des betreffenden Staats auf die zuhänfligen Stellen einzuwirken.

Karl Schwarz, Schriftführer.

Merzweiler (Eisig). Vor kurzem wurde hier ein Ortsverein der Maschinenbauer ins Leben gerufen, und es besteht Aussicht, daß derselbe sich gut entwickelt, umso mehr als die Arbeiter in unserer Gegend endlich anfangen, über ihre Lage ernstlich nachzudenken. Am Sonntag, den 15. September, hielt der neue Ortsverein eine gut besuchte Versammlung ab, in welcher Kollege Buchs-Kauf-

launern über: „Die Lage der Arbeiter, und welche Vorteile bietet der Gewervereins?“ referierte. Das sachlich gehaltene Referat, welches die Anwesenden mit Spannung verfolgten, setzte uns so recht, daß wir im Gewervereins den richtigen Weg gefunden haben, auf dem allein es möglich ist, auch hier bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu gewinnen. Durch die Verteilung von Broschüren und Flugblättern nach der Versammlung wurde den Arbeitern Gelegenheit gegeben, sich nochmals über Zweck und Ziele der Deutschen Gewervereins zu unterrichten, und eine ganze Anzahl Kollegen erklärten dann auch ihren Beitritt. Wenn nur alle Arbeiter über ihre Lage mehr nachdenken möchten! Dann würden sie sicherlich dem Beispiel jener Kollegen folgen und sich dem Gewervereins anschließen. Dann wird auch die Zukunft sich freundlicher gestalten und eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse erzielt werden. An alle Kollegen von Merzweiler ergeht daher der Ruf: Organisiert euch im Gewervereins! Nur dadurch kann eure Lage gebessert werden.

Verbands-Zeil

Gewervereins der Deutschen Schiffszimmerer, Schiffbauer, Räder, Besenmacher und anderer Arbeiter. Mit dem 1. Oktober d. Js. treten die Beschlüsse des Delegiertentages in Kraft und der neue Centralrat in Kiel-Vardein übernimmt die Geschäfte unseres Gewervereins.

Wir geben daher bekannt, daß vom 1. Oktober ab, sämtliche für den Gewervereins bestimmte Schriftstücke an den neuen Centralrat 3. Häffe, Ellerbed bei Kiel, Hansenstr. 52, und sämtliche für den Gewervereins bestimmten Gelder an den neuen Schatzmeister B. Prange, Ellerbed b. Kiel, Hollmannstr. 27, zu senden sind.

Der Centralrat. B. Müller, R. Wang, Vorsitzender, Schriftführer.

Gewervereins der Deutschen Lötzer, Ziegler und verwandten Berufe.

Kurfürst an alle unsere Kollegen und Verbandskollegen! Auf unserem Delegiertentag im Juni d. J. sind recht tiefgehende Beratungen in unserem Gewervereins getroffen worden. Ein neues Statut ist eingeführt, die Beiträge sind bis zu 80 Pfg. pro Woche festgesetzt. Die Unterhaltungen des Statuts und Ausfertigungen konnten dementsprechend erhöht werden und betragen jetzt bis 12 Pfg. bei Raufgelohn 15 Pfg. die Woche.

Ein besonderer Beamter ist angestellt worden, um bei vorkommenden Differenzen sofort eingreifen zu können. Auch in den übrigen Unterhaltungen sind wesentliche Verbesserungen eingebracht, so daß unser Gewervereins allen übrigen Gewervereins in keiner Weise nachsteht. Dem Beamten muß es naturgemäß in erster Linie obliegen, energisch für die Ausbreitung und Vergrößerung unseres Gewervereins zu sorgen. Unendlich viele Orte gibt es noch in unserem deutschen Vaterlande, wo Lötzer und Ziegler vorhanden sind, aber noch kein Ortsverein unseres Gewervereins besteht. Diese indifferenten Kollegen und auch diejenigen zu gewinnen, die bereits einer anderen Organisation sich angeschlossen haben, aber gern zu uns kommen möchten, weil ihnen unsere Einrichtungen mehr zuzugun, muß der Centralrat als seine erste und wichtigste Aufgabe betrachten. Es muß und wird gelingen, daß wir einen unabhängigen Beamten haben, unsere Ideen in weitere Kreise der Berufsstände hinauszutragen und damit die Reihen unseres Gewervereins zu füllen.

Auf die eifrige Mitarbeit aller Kollegen muß dabei allerdings geteilt werden. Daher werden wir uns an euch mit diesem Kurfürst und richtet an euch das dringende Ersuchen, mehr als bisher uns in der Situation zu unterstützen, in die Öffentlichkeit zu treten und alle uns noch Bemühenden auf die Einrichtungen und Bestrebungen unseres Gewervereins aufmerksam zu machen.

Aber auch an alle Verbandskollegen und Genossen, die Orts- und Ausbreitungsverbände richten wir die Bitte, wo immer sich Berufscollegen von uns befinden, diese an-

zuhalten, sich unserem Gewervereins anzuschließen und dem Centralrat unverzüglich davon Mitteilung zu machen. Derselbe ist jederzeit gerne bereit, über alle Fragen Auskunft zu geben, Statuten und Flugblätter zu verschicken und wenn nötig, persönlich einzutreffen, namentlich wenn es gilt, Berufsangelegenheiten zu regeln.

Kollegen aller Berufe und in allen Orten! Wir hoffen, daß unsere Bitte nicht unerfüllt bleibt, daß die unser Vorwärtsdrängen versteht und zu unterstützen bereit ist. Nur wenn dies geschieht, wird es uns möglich werden, auch dem Gewervereins der Lötzer, Ziegler und verwandten Berufe stets neue Mitglieder und neue Berufe zuzuführen und damit unsere gemeinsame gute Sache dem Siege näher zu bringen.

Deshalb nochmals, frisch auf zu neuer Arbeit und neuen Erfolgen für den Gewervereins der Lötzer, Ziegler und verwandten Berufe!

Bitterfeld, den 30. September 1907. Der Centralrat: Gottf. Müller, Vorsitzender, Karl Lange, Generalsekretär, Zimmerstr. 4, Max Schröder, Hauptkassierer.

Versammlungen

Berlin. Diskussionsabend des Deutschen Gewervereins (O.-B.). Verbandsabend der Deutschen Gewervereins, NO., Greifswalderstr. 231/232. Sitzung beim Wittmoos, ab 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr. Vortrag des Kollegen Küder über: „Kantitation in Werkstatt und Fabrik.“ Gäste willkommen.

Sängerchor der Deutschen Gewervereins (O.-B.). Jeden Donnerstag, abends 8-11 Uhr, Übungsstunde im Verbandsbüro der Deutschen Gewervereins (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen.

Maschinenbau- und Metallarbeiter VII. Mittwoch, 25. September, abends 8 Uhr bei Kunst, Artstr. 41. Vortrag des Verbandssekretärs Kollegen Eberle, „Arbeiter- und Arbeiterfrage“ u. a. — Sonnabend, 28. September, Maschinenbau- und Metallarbeiter I. Abends 8-10 Uhr Zahlabend bei Schumann, Brunnenstr. 119, und bei Sutt, Gerichtstr. 86. — Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII. Abends 8 1/2 Uhr, Greifswalderstr. 221/228 (Verbandsbüro). L.-D.: Aufführung eines Kammbalens für die 9. ordentl. Generalversammlung der Krankenunterstützungskasse und Begräbniskasse. Wahl des Beisitzers. Vortrag des Kollegen Meißner u. a.

Maschinenbau- und Metallarbeiter XII. Ab. 8 1/2 Uhr, Brunnenstr. 41. Vortrag des Kollegen Korf über: „Arbeitsverhältnisse in Eisbahnbetrieben.“

Leipzig und Umgebung. Lötzer, Sonnabend, 28. September, ab 8 Uhr, Wittigleberstr. im Verbandsbüro, Stadt Hannover, Seeburgstr. 26/27. L.-D.: 1. Vortrag des Kollegen D. Eppendorfer-Bitterfeld über die Beschlüsse des Delegiertentages in Danzig. 2. Diskussion und allgemeine Aussprache. — Dessau. Maschinenbau- u. Metallarbeiter. Sonnabend, 28. September, abends 8 1/2 Uhr, Ronatsberg, im Vereinslokal „Sachsen“. Wichtige Tagesordnung.

Orts- und Berufsverbände.

Herne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Witz, Schulze-Kattler, Diskussionsrunde. — Wachen (Diskussionsklub). Jeden Sonnabend, 9 Uhr, Sitzung bei Walber, „Jägerhof“. — Hamburg (Ortsverband). Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Heide, Brückstr. 16, statt. Gäste willkommen.

Verbandsabend des Deutschen Gewervereins (O.-B.). Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal zur Palme, Ritterstr. 13. Gäste willkommen. — Selbsthilfschor (Sängerchor der Deutschen Gewervereins). Jeden Sonnabend, abends 9 Uhr, Prose, Schallerstr. 33. Gäste willkommen. — Wachen (Ortsverband). Jeden dritten Sonntag im Monat, Brückstr. 16, im Restaurant „Zur Post“, Diskussionsrunde. Die Sitzungen finden jede Woche Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Heide, Brückstr. 16, statt. Gäste willkommen.

Neuerungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Hilsberg (Fabrik- und Handarbeiter). Otto Zieger, Kassierer, Schmiedeburgstr. 7a.

Anzeigen-Zeil

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Eine Kopiermaschine ohne Wasser!

IO Mal bessere Kopien in 1/10 der Zeit!	OHNE Pinsel OHNE nasse Lappen OHNE Presswalzen OHNE feuchte Bäder OHNE schmutz. Stoffe	OHNE Vorbereitung OHNE Feuchtigkeit OHNE Flecken OHNE Falten OHNE Anw. v. Wasser	IO Mal bessere Kopien in 1/10 der Zeit!
---	---	---	---

Roneo & n. h. H. Direktor NATE MOCK BERLIN S.W. 68
Kochstr. 22 10636 u. 10637
Probe kostenlos ohne jede Kaufverbindlichkeit.

Leipzig-West (Ortsverband). Vom 1. Juli ab erhalten durchreisende Gewervereinskollegen die Karten für das Ortsverbandsabend bei den Betriebskassierern. Für Abendbrot und Nachquartier haben dieselben in „Stadt Hannover“, Leipzig, Seeburgstr., Gültigkeit.

Stittgen (Ortsverband). Durchreisende Gewervereinskollegen aller Branchen erhalten Abendessen, Nachlager und Frühstück Neuhäbenerstr. 14 bei Bergmann, Karten hierfür bei H. Habermann, Köpferstr. 29, Hof.

Wilhelmschaven (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Unterbringung. Karten bei Heitrich, 3 Bäder, Bani bei Wilhelmschaven, Stühlfstr. 7.

Jena (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterbringung bei Carl Müller, Greifgasse 2, Ecke Oberlauerengasse.

Hohen Nebenverdienst
kann sich jeder techn. u. kaufmänn. Angestellte auf vornehm, durchaus nicht-anstössige Weise erwerben. J. Emil Andrae, Potsdam 44.

Eisenach (Ortsverband). Karten b. Kassierer Eduard Hartmann, Weimarerstr. 10.

Wien am Rhein. Durchreisende erhalten Beherbergungskarten im Gewervereinsbureau, Seeburgstr. 118 L.

Unfassende Kenntnisse
in Hoch u. Tiefbau, Bergbau, Maschinenbau, in Bau, Bau-Kunst- und Metalltechnik, Kanalarbeit, Lokomotivbau, Elektro- und Maschinenbau, Eisen- und Stahlbau, Bauwesen, etc. durch Selbststudium mittels des Systems Karack-Hachmann, Gustav Engelke, Amsterdamerstr. 17, ein Unterrichtsgeld, Fröps. u. Anwesenheitsgeld, grat. u. Besondere & Hachfeld, Potsdam L. 6